

vorhandenen und institutionell repräsentierten Interessen vertieft und auf Dauer gestellt wird. Je weniger responsiv Institutionen werden, umso mehr wird politische Apathie befördert. Die strategische Selektivität dessen, was staatlich repräsentiert und repräsentierbar ist, verschärft sich. Da es nur noch schwerer gelingt, sich in politische Entscheidungen einzuschreiben und Ohnmachtserfahrungen gegenüber verhärteten Staatsapparaten verstärkt werden, wird ein weiterer Rückzug aus der Politik von Teilen des *demos* wahrscheinlich – was potenziell eine weitere Verhärtung der staatlichen Apparate nach sich zieht.

2.3 Ohnmacht gegenüber begrenzten Einfluss- und Wahlmöglichkeiten. Liberale Demokratie und das Problem sozial selektiver Responsivität

Mit Blick auf liberale Demokratieverständnisse (Brown 2003), die individuelle Wahlentscheidungen in den Mittelpunkt stellen, zeigt sich eine dritte Erscheinungsform von Ohnmacht in der Demokratie: Die *Ohnmacht gegenüber begrenzten Einfluss- und Wahlmöglichkeiten*. Wahlen und politische Entscheidungen suggerieren zwar gleiche Beteiligungsmöglichkeiten für alle, *de facto* erweist sich die Responsivität von Politik – also die Art und Weise, wie und ob sie auf bestimmte Forderungen reagiert – als sozial selektiv. Die politische Beteiligung an Wahlen weist ebenfalls eine soziale Schieflage auf. Den vermeintlich gleichberechtigten Teilhabechancen über Wahlen und demokratische Repräsentation stehen also real ungleiche Möglichkeiten gegenüber, politische Entscheidungen zu beeinflussen und mit den eigenen Erfahrungen und Bedürfnissen innerhalb der Institutionen repräsentiert zu werden. Die darin sichtbar werdende politische Ungleichheit ist für die Betroffenen schwer zu durchbrechen, da sie institutionell über die Funktionsprinzipien der repräsentativen Demokratie abgesichert wird. Repräsentation generiert vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheit eine »Illusion sozialer Gleichheit« (Sauer 2019: 61). Sie bringt gleichzeitig »die BürgerInnen im Akt der Repräsentation zum Zustimmen zu und zum Verstummen gegenüber sozialer Ausgrenzung und Ungleichheit« (ebd.). Diejenigen, deren Stimme im politischen Prozess weniger zählt, haben dadurch nur begrenzt die Möglichkeit, ihre Exklusionserfahrung in öffentliche politische Kritik (z.B. andere Wahlprogramme) zu übersetzen. Die komplementäre Regierungstechnik zu dieser Form der Ohnmacht ist der Diskurs vermeintlich freier und gleicher Individuen, der von kontinuierlich Ungleichheit und Ohnmacht produzierenden gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen absieht – und diese verschleiert.

Liberale Demokratieverständnisse stellen anders als staatstragende Konzeptionen die Individuen des *demos* und deren politische Entscheidungen in den Mittelpunkt. Grundlage der liberalen Demokratie, argumentiert Foroutan (2019), ist

etwa in Deutschland ein pluralistisches Gleichheitsversprechen. Unabhängig von individuellen Eigenschaften und Eigenheiten wird den Einzelnen die Möglichkeit eingeräumt, in politische Konflikte und deliberative Aushandlungsprozesse einzutreten zu dürfen und über Ziele und Zukunft der Politik mitzuentscheiden. Kernelemente sind »Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe« und das »Ziel, möglichst alle Bürger*innen in zentralen gesellschaftlichen Prozessen und Positionen zu repräsentieren« (ebd.: 30). Ermöglicht wird dies durch in der Verfassung gewährte Grund-, Freiheits- und Partizipationsrechte, die durch Rechtsstaatlichkeit, das Gewaltmonopol des Staates und – so die Theorie – eine gesetzmäßig agierende staatliche Verwaltung abgesichert werden. Die liberale Demokratie etabliert dadurch in ihrem eigenen Selbstverständnis einen Raum, in dem »Machtverhältnisse in Frage gestellt werden und kein Sieg endgültig sein kann« (Mouffe 2015: 31-32). Das zentrale Element der liberalen Demokratie besteht nicht »in der Abwesenheit von Herrschaft und Gewalt [...], sondern in der Etablierung einer Reihe von Institutionen, durch die diese eingegrenzt und herausgefordert werden können« (ebd.: 37). Zwischen den politischen Prozessen, in denen sich die Individuen als gleiche Marktinividuen begegnen, und ökonomischen, sozialen und kulturellen Ungleichheitsverhältnissen besteht in der liberalen Vorstellung eine Sphären trennung (Fraser 1990: 65). Machtungleichgewichte innerhalb der Gesellschaft geraten dadurch aus dem Blick (Elsässer 2018: 43; Fraser 1990: 64).

Liberalen Konzeptionen von Demokratie liegt eine individualistische Vorstellung rationaler Subjekte zugrunde: »[A]ll human and institutional action [is framed] as rational entrepreneurial action, conducted according to a calculus of utility, benefit, or satisfaction against a microeconomic grid of scarcity, supply and demand, and moral value-neutrality« (Brown 2009: 40). Die Individuen werden dabei als freie Subjekte verstanden: »This mode of governmentality [...] convenes a ›free‹ subject who rationally deliberates about alternative courses of action, makes choices, and bears responsibility for the consequences of these choices« (ebd.: 43). Der staatsbürgerschaftliche Idealtyp ist nicht wie in staatstragenden Ansätzen der »pflichtbewusste Bürger«, sondern der (neo-)liberale Aktivbürger (bzw. die (neo-)liberale Aktivbürger*in):

»The model neoliberal citizen is one who strategizes for her- or himself among various social, political, and economic options, not one who strives with others to alter or organize these options. A fully realized neoliberal citizenry would be the opposite of public-minded; indeed, it would barely exist as a public. The body politic ceases to be a body but is rather a group of individual entrepreneurs and consumers.« (Brown 2009: 43; vgl. auch Woolford und Nelund 2013: 304)

Politische Teilhabe bedeutet vor diesem Hintergrund, dass Staat und die Subjekte des *demos* marktrational handeln (Brown 2009: 48). Alle Individuen haben hierfür vermeintlich die gleichen formalen Wahlmöglichkeiten (z.B. in Wahlen eine Ent-

scheidung zwischen Parteien – oder für Nichtwahl – zu treffen oder sich aktiv politisch zu beteiligen). Kollektive Entscheidungen setzen sich idealtypisch aus individuellen Entscheidungen zusammen, die Pluralität des *demos* zwingt die Einzelnen zu Verständigungsprozessen (Thaa 2009: 69; Sauer 2003: 159). Über ihre Wahlentscheidungen und deren parteipolitische Repräsentation sind die Individuen im Staat präsent, ohne selbst präsent zu sein (Fenichel Pitkin 2004: 335). Zwischen den Wahlen behält der *demos* die negative Macht, Regierende zu beeinflussen, zu bewerten und in Frage zu stellen (Thaa 2009: 69). Konflikte zwischen Regierten und Regierenden müssen dabei »zwar möglich sein, sollten aber im Regelfall nur selten vorkommen« (Elsässer 2018: 25).

Empirisch zeigt sich gegenüber der liberalen Idealvorstellung einer Sphären trennung zwischen Politik und Gesellschaft, dass der gesellschaftliche »Untergrund sozialer Ungleichheit« (Sauer 2019: 61) das liberale Versprechen gleicher Wahlmöglichkeiten kontinuierlich destabilisiert.⁶ Der Figur des rationalen, kontinuierlich zwischen unterschiedlichen Optionen wählenden (neo-)liberalen Aktivbürgers stehen weitverbreitete politische Passivität und Apathie gegenüber (Campbell 1962: 9). Die formalen Möglichkeiten politischer Partizipation weisen – selbst dort, wo sie Gleichberechtigung zu garantieren beanspruchen – offensichtlich »unsichtbare Grenzlinien« (Ottersbach 2015: 292) auf, durch die sie nur sehr selektiv genutzt werden. Entsprechende Grenzlinien verlaufen entlang gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse. So ist nicht nur die Partizipation und Repräsentation von Armutsbetroffenen oder prekären Segmenten der Bevölkerung schwächer ausgeprägt, auch Frauen und potenziell von Rassismus betroffene Menschen sind quantitativ und qualitativ deutlich schwächer repräsentiert (Sauer 2011a: 33; Thompson und Horton 1960: 195; Hofstetter und Buss 1988; Bödeker 2012; Spannagel 2017: 92; Stocker 2014: 16; Norris und Inglehart 2001: 126; Sauer 2019; Hoecker und Scheele 2008; Mikuszies et al. 2010). Gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse übersetzen sich nicht nur in ungleiche Repräsentation, auch die Responsivität politischer Entscheidungen weist eine starke soziale Schieflage auf (Elsässer 2018: 58; Zimmermann und Boeckh 2018: 800). Dadurch bleibt »der Wille bestimmter sozialstruktureller Gruppen innerhalb der Bevölkerung dauerhaft beziehungsweise systematisch unbeachtet« (Elsässer 2018: 26). Die Erfahrung vieler Menschen, in der Politik kein Gehör zu finden, hat vor diesem Hintergrund »eine empirisch belastbare Grundlage« (ebd.: 12; vgl. auch Spannagel 2017: 93).

6 Destabilisierend wirken auch autoritäre Verhältnisse in unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären, in denen sich ein großer Teil des alltäglichen Lebens abspielt, etwa Betrieben oder Privathaushalten. Das Prinzip politischer Gleichheit bleibt dadurch in seiner Wirksamkeit eng begrenzt.

Privateigentum, kapitalistische Akkumulation und Klassenverhältnisse, aber auch patriarchale Geschlechterverhältnisse und rassistische Differenzlinien stellen kontinuierlich Ungleichheit her und verhindern eine gleichberechtigte Teilhabe an demokratischen Prozessen (Sauer 2001; Eberl und Salomon 2016; El-Tayeb 2016). Jenseits eines eng gefassten Raums des Politischen bestehen somit »hierarchische Strukturen und tradierte Befehls- und Gehorsamsverhältnisse, also Zustände verminderter Freiheit fort[...]« (Rödel et al. 1990: 181). Politische Gleichheit wird durch die ungleiche Ressourcenverteilung innerhalb der Gesellschaft unterminiert, durch die sich die Möglichkeiten, jenseits von Wahlen Einfluss auf politische Prozesse nehmen zu können, grundlegend – entlang gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse – unterscheiden (Beetham 1992: 48; Engels 2004: 31; Spannagel 2017). Formale politische Gleichheit kann »mit so eklatanten Unterschieden in der Ressourcenausstattung und der politischen Beteiligung einhergehen, dass das Gleichheitsversprechen der Demokratie zur Illusion verkommt« (Schäffer 2013a: 547). Je nach sozialer Position verfügbare Ressourcen »beeinflussen nicht nur die Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen, sondern auch die Bildung des erforderlichen Selbstvertrauens sich politisch zu beteiligen und sich für seine Interessen einzusetzen« (Ottersbach 2015: 293). Marginalisierten und von Ungleichheit betroffenen Gruppen fehlen häufig »die Ressourcen und das Drohpotenzial, um im Verteilungskonflikt auf gesellschaftliche und staatliche Akteure und Institutionen Einfluss zu nehmen und gegebenenfalls Druck aufzubauen« (Voigtländer 2015: 247). In der Folge sind »das politische Interesse, die Wirksamkeitsüberzeugung und die Bereitschaft zur politischen Partizipation bei Angehörigen der Unterschicht deutlich geringer sind als bei denjenigen der Mittel- und Oberschicht« (Oittersbach 2015: 293; vgl. auch Groh-Samberg und Lohmann 2014: 188; Spannagel 2017: 93). Ökonomische und politische Ungleichheit verstärken sich wechselseitig (Mead 2004: 671).

Die Möglichkeit individuell an freien und gleichen Wahlen zu partizipieren, garantiert daher offensichtlich noch keine politische Gleichheit. Umso stärker die Erfahrung ist, politische Prozesse nicht beeinflussen zu können, umso geringer ist die Bereitschaft, politisch aktiv zu werden (Campbell 1962: 18). Betroffene erfahren sich, statt als aktiver Teil des *demos*, »als den Entscheidungen der Politiker in Regierung und Parlament Unterworfen« (Voigtländer 2015: 234). Das eigene Schicksal scheint einer aktiven Gestaltung entzogen (Mc Dill und Ridley 1962: 207). Politik wird als etwas Lebensfernes wahrgenommen, das nicht durch eigenes Handeln aktiv beeinflusst werden kann (Sauer et al. 2018; Demirović 2013: 198; Engels 2004: 28). Sie erscheint als ein »sich selbst genügendes System, das keinerlei Bezugspunkte zum eigenen Leben aufweist« (Lösch 2013: 122). Keine der zur Wahl stehenden politischen Optionen verspricht im Alltag spürbare positive Konsequenzen (Campbell 1962: 18). Es dominiert die Erfahrung, dass eine »Stimmabgabe nicht den gewünschten Einfluss auf die politischen Entwicklungen hat« (Jörke 2011:

15). Da »[p]olitische Partizipation [...] das Mittel [ist], mit dem Bürger/-innen ihre Interessen gegenüber ihrer Regierung kenntlich machen und deren Umsetzung einfordern« (Bödeker 2012, S. 39) ist anzunehmen, dass »die ungleiche Verteilung politischer Partizipation eine direkte Auswirkung auf die Berücksichtigung von Interessen hat« (Bödeker 2012: 39).

Armutsbetroffene und prekäre Segmente der Bevölkerung – zu denen insbesondere auch Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund zählen – haben in den letzten Dekaden an Einfluss auf die und Repräsentation innerhalb der Politik verloren (Elsässer 2018; Schäfer 2015; Voigtländer 2015: 25-26; Schäfer 2013b; Stöcker 2014: 4). Die soziale Spreizung der Partizipation nimmt seit den 1970er Jahren deutlich zu (Schäfer 2013a). Unterschiede in der politischen Beteiligung führen dazu, »dass nicht alle Interessen die gleiche Chance haben, im Entscheidungsprozess berücksichtigt zu werden« (ebd.: 553). Parteien werden gleichzeitig »sozial immer homogener – sie sind heute oftmals ein ›Tummelplatz von nach ihrer Bildung und sozialen Stellung besonders ressourcenstarken Bürgerinnen und Bürgern‹« (Elsässer 2018: 14; vgl. auch Bödeker 2012: 31). Sie entwickeln sich zunehmend von Mitgliederorganisationen zu professionellen Politikdienstleistern. Ihr Handeln wird

»marktförmiger [...]. Sie sehen sich selbst [...] als Wettbewerber, die – beraten von Kommunikationsstrategen und Marketingexperten mit nicht zu leugnenden Sonderinteressen – um ›Deutungshoheit‹ ringen, mediengerechte ›politische images‹ [...] aufzubauen und so versuchen, ihre Wahlchancen zu maximieren.« (Linden und Thaa 2009: 10)

In der Folge, so Jörke (2011: 13), wird der Wahlkampf »ein von rivalisierenden Teams professioneller Spin Doctors kontrolliertes Spektakel. Sie bestimmten die politische Agenda durch die Auswahl und Inszenierung von wenigen Themen, die zudem immer stärker personalisiert werden« (ebd.). Der *demos* wird dadurch zu einer (apolitischen) Menge, die nur noch numerisch eine Rolle spielt, aber kaum aktiv an politischen Prozessen beteiligt ist (Naicker und Bruchhausen 2016: 397).

Konstante politische Frustrationserfahrungen lähmen eher, als zu oppositionellen Widerspruch zu aktivieren (Campbell 1962: 16; Bödeker 2012: 41). An die Stelle politischer Opposition treten Distanz und Rückzug (Campbell 1962: 14; Thompson und Horton 1960: 190). Entsprechende Erfahrungen sind abhängig von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen und der eigenen sozialen Position in der Gesellschaft. Es zeigt sich in der Folge »im Hinblick auf politische Teilhabe und Partizipation eine erhebliche soziale Selektivität« (Bödeker 2012: 6; vgl. auch McDill und Ridley 1962: 206). Politische Desillusionierung ist »dort am deutlichsten [...], wo Armut und soziale Ausgrenzung am stärksten auftreten« (Zimmermann und Boeckh 2018: 784). Passivität, Apathie und Uninformiertheit sind vor diesem Hintergrund keine Wesensmerkmale entsprechender Bevölkerungsgruppen, sondern Effekte von sozialer und ökonomischer Ungleichheit (Elsässer 2018:

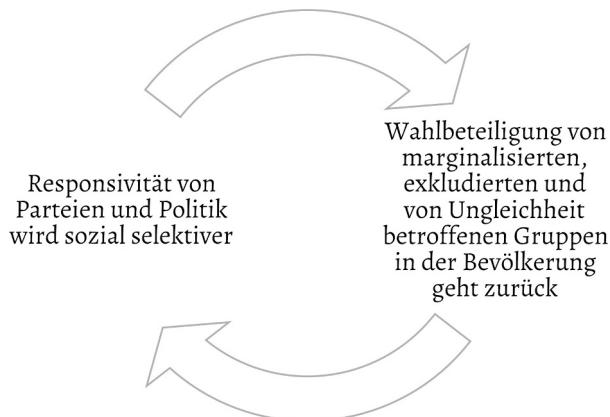
34–35; Olsen 1969).⁷ Es hängt *de facto* von »ökonomischen Strukturen, formalen Rahmenbedingungen und symbolischen Mechanismen ab, wer an Demokratie partizipiert und partizipieren kann, wer dazu berechtigt ist und sich dazu berechtigt fühlt« (Lösch 2013: 125). Es ist daher plausibel, dass auch liberale Demokratie trotz formal gleicher Wahlmöglichkeiten nur ein »asymmetrischer Kompromiss [ist], in dem die Armen arm, die Subalternen subaltern bleiben« (Demirović 2013, S. 209). Dennoch sind Entfremdung von der Politik und Demokratiedistanz auch gesamtgesellschaftlich relativ weit verbreitet (ebd.: 118; Stocker 2014).

Formale politische Teilhaberechte stehen darüber hinaus starken Tendenzen der »Entmächtigung [...], beispielsweise durch Sozialabbau und die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen« (Sauer 2011a: 34) gegenüber. Lohnspreizung und durch den Arbeitsmarkt vermittelte Ungleichheit nahmen etwa in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zu, wodurch »vor allem untere Berufsgruppen sozial und ökonomisch marginalisiert werden« (Elsässer 2018: 13). Soziale Ungleichheit verfestigt sich, die soziale Mobilität geht zurück, Armut verschärft sich (Chassé 2017: 481; Spannagel 2017: 83). Die »Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg ersetzt den Glauben an gesellschaftlichen Aufstieg und soziale Teilhabe« (Bödeker 2012: 25). Politik erweist sich in diesem Zusammenhang für Betroffene als »ständige Enttäuschung – beispielsweise im Zusammenhang mit einer Politik des als alternativlos begründeten Sozialabbaus« (Voigtländer 2015: 42–43). In der Folge erodiert – ob bewusst oder unbewusst – das Gefühl individueller und kollektiver Handlungsfähigkeit (Steenvoorden und Harteveld 2017: 5; Billmann und Held 2013). Sichtbar wird dies unter anderem an der starken sozialen Spreizung in Bezug auf das Gefühl, selbst Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben (Elsässer 2018: 9).

Die Vorstellung freier und gleicher Individuen, die strategisch über ihre Wahlentscheidungen politische Prozesse beeinflussen, verstellt den Blick auf politische Ungleichheit entlang gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft. Individuen, die im Wahlakt gleich – und in der Folge gleich repräsentiert – erscheinen, haben empirisch ungleiche Einflusschancen. Die Bürger*innen sind »ungleich, ungeachtet ihrer formalen Gleichheit als Staatsbürger mit identischen Rechten« (Voigtländer 2015: 39). Parteien greifen gesellschaftlich vorhandene

7 Das ist vor allem deshalb hier relevant festzustellen, weil viele Studien die Ursachen von Politikverdrossenheit bei den Betroffenen selbst, statt in den politischen und sozioökonomischen (Ungleichheits-)Strukturen suchen. Defizite werden »eher den betroffenen Individuen und Gruppen zugeschrieben [...], die aufgrund mangelnder Kompetenzen, Motivations-, Sprach-, Wissensdefizite entpolitisirt oder politisch desinteressiert und nicht mehr mit demokratischen Grundwerten vertraut seien« (Lösch 2013: 119). Von solcher »sozial und partizipativ-demokratisch motivierten Verwunderung zum paternalistischen Vorwurf primär an die Betroffenen, sich selbst ins gesellschaftliche Abseits zu stellen und ihrer bürgerschaftlichen Verantwortung nicht gerecht zu werden« (Voigtländer 2015: 15) ist der Weg nicht weit.

Grafik 3: Teufelskreis aus selektiver politischer Beteiligung und Responsivität



Quelle: Eigene Darstellung

Interessen nur selektiv auf, wobei sie aufgrund ihrer Marktorientierung diejenigen bevorzugen, die innerhalb der bestehenden Ordnung als anerkannt und mehrheitsfähig gelten. Je nach sozialer Position haben die Menschen unterschiedliche Ressourcen, die sie politisch mobilisieren können, ihre Stimme findet mehr oder weniger Gehör und sie machen im Alltag stärker oder schwächer die Erfahrung, politisch handlungsfähig oder ohnmächtig zu sein. Folge ist eine soziale Selektivität nicht nur der Wahlbeteiligung, sondern auch der Politik. Ohnmacht gegenüber begrenzten Einfluss- und Wahlmöglichkeiten kann einen Teufelskreis zwischen sozialer selektiver Repräsentation und Responsivität und ungleicher politischer Beteiligung aktivieren: Umso weniger bestimmte gesellschaftliche Gruppen darauf zählen können, repräsentiert zu werden und politischen Einfluss ausüben zu können, umso rationaler wird es, sich politisch nicht zu beteiligen. Je weniger sich die entsprechenden Gruppen beteiligen, umso sozial selektiver werden wiederum Politik und Institutionen. Gesellschaftlich vorhandene politische Präferenzen werden dadurch immer ungleicher im Wahlprozess abgebildet.